

tausch über Ferkelaufzucht durchgeführt. Parteifunktionäre, Mitarbeiter des Staatsapparates, Tierärzte, Genossenschaftsbauern sowie Landarbeiter aus den VEG berieten gemeinsam, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Es gab eine kritische Auseinandersetzung mit leitenden Funktionären einiger Kreise, die erhebliche Rückstände bei der Erfüllung der Sauendeckpläne zugelassen hatten. In der Diskussion gab es viele Hinweise zur Senkung, der Ferkelsterblichkeit und zur Erhöhung des materiellen Anreizes für die Viehhpflger. Die VEG haben laut Beschluß der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz ihren Sauenbestand um 1200 Stück erhöht, damit der Nachwuchs für die Mastanstalten fast ausschließlich aus der eigenen Aufzucht kommt.

Besonderes Augenmerk ist der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in der Tierzucht zu widmen. Einige Parteiorganisationen in den LPG leisten dabei vorbildliche Arbeit. Auf Initiative der Parteiorganisation in der LPG Grassau, Kreis Herzberg, entstand eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft für drei Genossenschaften, der auch der Tierarzt angehört. Als erstes Ergebnis konnte u. a. die Ferkelsterblichkeit auf fünf Prozent gesenkt werden. Die Erfahrungen wurden für den ganzen Bezirk ausgewertet.

Die Bezirksleitung orientierte entsprechend dem Beschluß des Sekretariats Res ZK vom 7. März 1960 die Parteiorganisationen auf dem Lande auf die Bildung von Kommissionen der Parteikontrolle in den LPG und VEG. In der LPG „Einheit“ in Elster, Kreis Jessen, untersuchte die Kommission der Parteikontrolle im Aufträge der Parteileitung die Ursachen für Rückstände in der Kälber- und Ferkelaufzucht und machte Vorschläge, wie die Arbeit in den Ställen verbessert werden kann. Die Parteiorganisation und der LPG-Vorstand beschäftigten sich umgehend mit den Hinweisen der Kommission. Der Vorstand beschloß ein Sofortprogramm, durch das die Erfüllung des Planes der Marktproduktion bei tierischen Produkten gesichert werden soll. Die Kommission der Parteikontrolle forderte auch, die Wachsamkeit in den Objekten zu erhöhen. Dieses Beispiel einer guten Arbeit mit einer Kommission der Parteikontrolle wurde im Bezirk popularisiert.

Im Ergebnis einer so auf Schwerpunkte gerichteten Führungstätigkeit entstehen die Umrisse für den Volkswirtschaftsplan 1961. Allerdings gibt es — wie das Beispiel Lübben zeigte — innerhalb der örtlichen Staatsorgane im Bezirk noch immer Funktionäre, die in ihren Planvorschlägen und in der Steigerungsquote nicht von der Erfüllung des Planes 1960, sondern von einer angenommenen Nichterfüllung ausgehen. Mit diesen Genossen und Kollegen führen wir an Hand des Briefes des Genossen Walter Ulbricht „an alle Genossinnen und Genossen in den örtlichen Organen der Staatsmacht“ eine energische Auseinandersetzung darüber, daß der Plan der Marktproduktion eisernes Gesetz ist.

Die Bezirksleitung Cottbus ist durch die Einbeziehung der ganzen Bevölkerung ein gutes Stück vorangekommen. Zur Selbstzufriedenheit, die sich bei einigen Funktionären zeigt, gibt es keine Veranlassung. Die vielen guten Erfahrungen müssen Allgemeingut aller Leitungen und Genossenschaften werden. Durch Erfahrungsaustausche, Leistungsvergleiche und Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit wird das Niveau der Arbeit der gesamten Bezirksparteiorganisation weiter erhöht werden. Der konsequente Kampf um die Durchführung der Beschlüsse des 8. Plenums und um die Verbesserung der Qualität der Arbeit der Partei- und Staatsorgane werden zur Verwirklichung des Beschlusses der Volkskammer vom 25. April 1960 beitragen, in dem es u. a. heißt: „Das vollgenossenschaftliche Dorf schafft durch den rationellen Einsatz der Technik und die Anwendung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse die Voraussetzungen für die Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität und damit für die Schaffung eines Überflusses an Nahrungsmitteln innerhalb historisch kürzester Frist.“